

Haushaltsrede FWG Kaarst (Josef Karis)

Dezember 2021

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

„Der Staat wird bestimmt keine Wohlfahrt schaffen, wenn er mehr ausgibt, als er einnimmt.

Ihr werdet kein Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten und keine Begeisterung wecken, wenn ihr dem Einzelnen seine Initiative und seine Freiheit nehmt.

Ihr könnt den Menschen nicht dauerhaft helfen, wenn ihr das für sie erledigt, was sie selber für sich tun sollten und könnten.

Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.

Ihr werdet den Arbeitern nicht helfen, indem ihr die ruiniert die sie bezahlen.“

Vor über 150 Jahren schon hat das kein Geringerer gesagt, als der US-Präsident **Abraham Lincoln**.

Welche Erkenntnis können wir daraus für uns, für unsere Kommune, nehmen:

1)Sparen, um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

2)Nur das auszugeben, was auch bezahlt werden kann.

3)Nur die Aufgaben zu übernehmen, die nicht von Privaten oder der Unternehmerschaft selbstbestimmt erledigt werden können.

4)Die Wünsche der Bürger zu achten und nicht gegen sie entscheiden.

...Der normale Bürger ist durch ständig steigende Abgaben – veranlasst durch den Bund - kaum noch in der Lage, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, dass, was er auf der „hohen Kante“ hat, wird nicht verzinst und durch die Rekordinflation

aufgefressen. Da sollten wir wenigstens auf kommunaler Ebene für Stabilität sorgen und den Bürger vor Preissteigerungen gleich welcher Art schützen. Dass das in Kaarst funktionieren kann, werden Sie gleich meinen Ausführungen entnehmen können.

Eine Schlüsselfunktion für die Einnahmensituation unserer Stadt liegt in der konsequenten Vermarktung von Grundstücken hier sind besonders zu beachten:

- 1) Die Rahmenbedingungen wie Gewerbesteuer und Grundsteuer müssen für die Bewerber im gewerblichen und auch im privaten Sektor attraktiv sein.
Die Anforderungen an die Unternehmen müssen realistisch sein. Hohe Steuern und Abgaben führen nicht zu mehr Einnahmen, sondern sind für viele Unternehmen ein Grund

sich nicht in der Stadt Kaarst anzusiedeln, oder diese zu verlassen. Einkommensstarke Städte wie Monheim haben das längst begriffen.

Seit etlichen Jahren sind den verantwortlichen Politikern „verwaiste“ Grundstücke wie zum Beispiel von IKEA und L`OREAL bekannt. Anstatt diese Grundstücke konsequent zu vermarkten, wurden Anforderungsprofile an die Bewerber erarbeitet, die kaum ein Unternehmen erfüllen kann. Für ungenutzte Grundstücke gibt es weitere Beispiele:
Schule etc..

Die mangelnde Vermarktung unserer Grundstücke führt nicht nur zu erheblichen Mindereinnahmen beim Verkauf eben dieser Grundstücke, sondern führt zu Millionen Verlusten durch die Ausfälle beispielsweise bei der Gewerbesteuer, Einkommenssteuer, Lohnsteuer, Grundsteuer usw.

Rechnet man diese Positionen einmal zusammen, so ergibt sich für unsere Stadt nicht die Notwendigkeit Abgaben und Steuern zu erhöhen. Im Gegenteil, man könnte sich im Haushalt über ein nettes Plus freuen und darüber nachdenken, wie man diese Gelder im Sinne des Bürgers ausgibt.

Dass der Bürger die Zeche für die Unfähigkeit der Politiker jetzt an der einen oder anderen Stelle zahlen soll, dagegen kämpft die FWG Kaarst. So wollen einige Kommunalpolitiker keine Beitragsfreiheit für Kitaplätze, um Haushaltsdefizite abzubauen. Das aber gerade die Beitragsfreiheit bei den KITAS junge Familien nach Kaarst lockt, will sich einigen Politikern nicht erschließen. Die FWG Kaarst wird sich den Versuchen, den Bürger für die Fehler der Politik heranzuziehen, entschlossen entgegenstellen.

Die Umwelt und die verpassten Chancen!

Die regierenden Parteien zeigten sich „nachhaltig beratungsresistent“ gegenüber innovativen Ideen dem Klimawandel entgegenzutreten, oder zumindest die Umwelt deutlich zu entlasten. So stellte die FWG Kaarst ein Konzeptpapier vor, wie sich CO₂-Emissionen aus der Luft filtern lassen und als Treibstoffe wiederverwendet werden können. Leider hat sich die politische Mehrheit mit diesem Ansatz nur unzureichend beschäftigt. Auch machte die FWG Kaarst im zurückliegenden Jahr immer wieder darauf aufmerksam, dass der von der Politik propagierte Umstieg vom Heizöl auf Erdgas keinen umweltpolitischen Mehrwert erbringt. Wir machten deutlich, dass man bei diesem Umstieg zwar unter bestimmten Voraussetzungen CO₂ einsparen kann, aber durch die Gas Nutzung erhebliche Mengen von dem viel gefährlicheren Methan in die Umwelt

freisetzt. Man kann durchaus den Eindruck gewinnen, dass in Sachen Umwelt mehr auf Aktionismus, als auf Sachverstand gesetzt wird. Wir machten immer wieder darauf aufmerksam, dass die Anreicherung mit Mikroplastik eines unserer größten Umweltprobleme darstellt. Wir zeigten Lösungen auf, wie der allgegenwärtigen Belastung durch Plastik beizukommen ist. Wir präsentierten ein Unternehmen, das bereits seit 30 Jahren aus Plastik „nachhaltige“ Treibstoffe herstellen kann. Auch dieser innovativen Technik wurde von den regierenden Parteien kein Interesse entgegengebracht.

Das Allerheilmittel für CDU und Grüne scheint die Mobilitätswende zu sein. Der Autoverkehr soll in der Stadt sukzessive durch den ÖPNV und dem Umstieg auf das Fahrrad erfolgen. Das der ÖPNV derzeit kein ausreichendes Angebot an Dienstleistungen in den Außenbezirken

und an Sonn- und Feiertagen bereitstellen kann ist bekannt und wird von der Politik schlichtweg totgeschwiegen. Unserer Meinung nach wird sich in der Breite, eine Verlagerung vom Auto auf den ÖPNV nur dann realisieren lassen, wenn das Angebot des ÖPNV` s deutlich ausgebaut wird. Die Menschen sind derzeit nicht bereit unter den vorherrschenden Bedingungen das Auto als Hauptverkehrsmittel aufzugeben. Das belegen im Übrigen die weiter ansteigenden KFZ-Zulassungszahlen.

Der Nordkanal

Schon vor einiger Zeit gab Ratsherr Josef Karis, aus eigener Tasche, eine Analyse zum Zustand des Nordkanals in Auftrag. Das Ergebnis war verheerend und wurde nie widerlegt. Im Schlamm konzentrierten sich dort Giftstoffe wie Arsen in gefährlicher Dosierung und bedrohen das Grundwasser. Auch hier sehen die regierenden Parteien keinen

Handlungsbedarf, sehen in den Laborergebnissen keinen Grund zur Panikmache. Die Mitglieder der FWG Kaarst fragen sich, ob immer erst etwas passieren muss bevor die Politik handelt.

Was man in der Sache tun sollte:

Anschaffung Tuxor – Auskoffern

Norkanal

Kostenteilung mit anderen Kommunen

Das Jugendparlament

Die FWG Kaarst forderte bereits vor über 10 Jahren ein Jugendparlament. Jetzt soll dieses tatsächlich kommen. Wir werden dafür kämpfen, dass die Mitglieder dieses Jugendparlaments frei gewählt werden und in allen Gremien und Ausschüssen stimmberechtigt vertreten sind.

Was soll ein Jugendparlament sonst für einen Sinn haben, wenn die „Jungpolitiker“ nicht wenigstens eine

beratende Stimme in den jeweiligen Gremien erhalten?

Wenig überzeugend ist in Zeiten von Corona auch, dass sich die regierenden Parteien ihre Zuwendungen für die Fraktionen und ihre Ausschussmitglieder kräftig erhöht haben. Dieser Umstand wurde von der FWG Kaarst deutlich kritisiert. Es gibt Ausschussvorsitzende, die für 2-3 Sitzungen im Jahr mehrere Hundert Euro im Monat kassieren. Der Vorschlag der Grünen, jetzt von den üppigen Erhöhungen 50 Euro zurückzunehmen, klingt da wie Hohn.

Warum die Kleinstadt Kaarst sich zum ersten Mal eine 3. Bürgermeisterin leistet, bleibt ebenfalls das Geheimnis der regierenden Mehrheit.

